

Fraktionen

Haushaltsreden der Fraktionsvorsitzenden aus der Gemeinderatssitzung vom 25. Februar 2026

Freie Wähler Straubenhardt / Mathias Greb



Es gilt das gesprochene Wort
§ 7 der Bundeshaushaltsordnung stellt klar: „Öffentliche Gelder sind verantwortungsvoll und sparsam zu verwenden.“ Dieser Maßgabe fühlt sich auch der Gemeinderat Straubenhardt verpflichtet.

Vor diesem Hintergrund lag uns bereits vor Weihnachten ein erster Haushaltsentwurf für das Jahr 2026 vor, der in dieser Form vom Kreis – laut Aussage aus dessen Haus – nicht genehmigungsfähig gewesen wäre. Der Gemeinderat sah sich deshalb gezwungen, den Haushalt erneut zu beraten und nochmals sehr kritisch zu hinterfragen. Das Ergebnis dieser Nachberatungen ist ein Konsolidierungsbeitrag von rund 4 Millionen Euro, die gegenüber dem ersten Entwurf eingespart wurden – ein Kraftakt, der für alle Beteiligten spürbar war.

Dass die Kommunen über die Kreisumlage den Haushalt des Enzkreises mitfinanzieren, ist ein Faktum und wird von uns auch nicht infrage gestellt. Wenn man sich jedoch das Defizit des Kreishaushalts betrachtet und den Anteil, den die Gemeinde Straubenhardt an diesem Defizit über die Umlage zu tragen hat, so fällt dem neutralen Betrachter schnell auf, dass die eingangs angesprochene Nachschärfung unseres Haushalts mit Einsparungen von rund 4 Millionen Euro fast exakt diesem anteiligen Defizit des Kreishaushalts entspricht. Dass unser eigener Haushalt trotz massiver Einsparungen und Sparanstrengungen im ersten Entwurf dennoch nicht genehmigungsfähig sein soll, lässt einen im besten Fall schmunzeln, zeigt in jedem Fall jedoch deutlich die strukturellen Probleme der kommunalen Finanzausstattung durch Bund und Land.

Herr Bürgermeister Viehweg hat diese Schieflage – wie viele andere Bürgermeisterinnen und Bürgermeister auch – in seiner Haushaltseinkerbung im November letzten Jahres bereits deutlich angesprochen. Und trotz des vorweihnachtlichen Geschenks der Bundesregierung in Form des Sondervermögens für Infrastrukturprojekte bleiben Zweifel, ob Bund und Land willens oder in der Lage sind, diesen strukturellen Missstand nachhaltig zu beheben.

Umso erfreulicher ist die Stabilität und die wirtschaftliche Stärke unserer heimischen Betriebe hier in Straubenhardt. Trotz der schwierigen wirtschaftlichen Gesamtlage in Deutschland sind viele der Unternehmen vor Ort dank weitsichtiger Entscheidungen und einer breiten Produktpalette noch gut aufgestellt, was unserem Gemeindehaushalt spürbar zugutekommt. Ich bedanke mich ausdrücklich für die Standorttreue und das – aus meiner Sicht – sehr gute Miteinander. Es gilt daher, alles daran zu setzen, unseren Beitrag zu leisten, um mögliche Standorterweiterungen oder Neuansiedlungen von Betrieben zu ermöglichen. Die schnellstmögliche Umsetzung der Gewerbefläche Hasenstock wurde von unserer Fraktion gefordert und fand im Gremium breite Unterstützung. Die bemerkenswerten Ideen für ein alternatives Gewerbegebiet von Architekt Frey sind damit – trotz der vielversprechenden Grundidee dieses Vorhabens – nicht weiterzuverfolgen. Dass die nun für 2026 vorgesehene Planung der Gewerbeflächen dennoch auch unter nachhaltigen Gesichtspunkten stehen kann und wird, versteht sich für ein zukunftsgerichtetes Straubenhardt von selbst.

Aristoteles sagte einst: „Handeln unter Zwang ist immer nur das Beste aus dem Möglichen.“

So fällt es uns naturgemäß schwer, bereits geplante Maßnahmen erneut zu verschieben. Die Sanierung der Pfingstweilerstraße, inklusive Gehwegen und Straßenbeleuchtung im nicht erschlossenen Teil, wird nochmals zurückgestellt. Auch notwendige Sanierungen an und in gemeindeeigenen Gebäuden werden – wo immer vertretbar – gestrichen, gekürzt oder vertagt. An dieser Stelle gilt mein ausdrücklicher Dank den Mitarbeitenden der Gemeinde sowie den Schul- und Kindergartenleitungen

für die offenen, fairen Gespräche und die große Kompromissbereitschaft im Vorfeld der Haushaltsplanung sowie in den Gesprächen zur Nachschärfung.

Dass Straubenhardt trotz der genannten Defizite bei Zuweisungen und Abgaben weiterhin in Kindergärten, Schulen, Infrastruktur und das gemeinsame Bürgerzentrum investiert, lässt sich gut mit einem Zitat von Mahatma Gandhi zusammenfassen: „Die Zukunft hängt davon ab, was wir heute tun.“

Der Ausbau unserer Kindergarten- und Schullandschaft ist für uns als familienfreundliche Kommune von zentraler Bedeutung – nicht zuletzt, weil wir damit auch gesetzlichen Vorgaben von Bund und Land, wie z. B. dem Rechtsanspruch auf Kleinkind- und Ganztagesbetreuung, nachkommen.

Erfreulich ist in diesem Zusammenhang, dass seit der ersten Haushaltsfassung Bundesmittel aus dem Sondervermögen in Höhe von 3 Millionen Euro konkret für die Finanzierung des Bürgerzentrums vorgesehen werden können. Diese Mittel entlasten unseren Haushalt spürbar und sichern nicht nur den Umbau der erworbenen Immobilie zum Bürgerzentrum. Der Übergangsbau für die Krippenkinder in Schwann befindet sich im Rohbau, die Erweiterung der Krippe Wunderwald schließt direkt an, und für den Multifunktionsbau an der Grundschule Conweiler sowie für das Bürgerzentrum am Hasenstock sind die Fachplaner beauftragt. Bei all diesen Projekten gestalten wir heute nachhaltig die Zukunft für Straubenhardt und müssen aufgrund der Mittel aus dem Sonderetat nun eine geringere Kreditbelastung tragen.

Wir stimmen dem vorliegenden Haushaltsentwurf zu – nicht aus Begeisterung, sondern aus Verantwortung. Der Ausblick auf die kommenden Jahre lässt zumindest hoffen, dass sich die Lage nicht weiter verschärft und dass die von Bund und Land bestellten Leistungen künftig auch angemessen finanziert werden. Die Personalkosten haben wir sorgfältig und konstruktiv beraten: Welche Stellenmehrungen und -anpassungen sind notwendig, um die Verwaltung für aktuelle und zukünftige Herausforderungen zu stärken? Und welche Stellen können künftig aufgrund der Digitalisierung oder verbesserter Abläufe wegfallen? Diese Fragen haben wir kritisch gestellt und fundiert beantwortet bekommen, sodass wir letztlich mit Blick auf eine handlungsfähige und zukunftsgerichtete Gemeinde auch dem Stellenplan zustimmen.

Rückblickend auf das vergangene Jahr und mit Blick auf unsere lebenswerte Gemeinde möchte ich die Gelegenheit nutzen und herzlich Danke sagen: unseren Gewerbebetrieben, allen Mitarbeitenden der Gemeinde Straubenhardt, dem Gemeinderat für die konstruktive Zusammenarbeit sowie den vielen ehrenamtlich engagierten Bürgerinnen und Bürgern in Vereinen und Hilfsorganisationen.

CDU / Jörg Gube



Es gilt das gesprochene Wort
Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, lassen Sie mich Sie heute Abend mit Optimismus in das Jahr 2026 blicken. Ich tue dies ausdrücklich auch deshalb, weil die Lage so schlecht ist wie sie ist.

Lassen wir einfach mal die Miesepeter Miesepeter sein und schauen was wir mit dem Wenigen, was wir zur Verfügung haben, auch machen. Zuerst - und das finde ich besonders wichtig - wir kürzen

keine freiwilligen Leistungen. Sämtliche Vereinszuschüsse, Mittel für Büchereien und kulturelle Zuschüsse und Veranstaltungen, die Pflege unsere Grünanlage und des Ortsbildes betreffen alles bleibt 2026 unangetastet. Bei der Größe unseres Problems bringt es auch wenig einem Musikverein ein paar hundert Euro Zuschuss für Noten oder einem Sportverein den Zuschuss für Sanierungsmaßnahmen zu kürzen. Gleichwohl dürfen Doppelförderungen, die über die tatsächlichen Kosten hinaus gehen, nicht sein. An dieser Stelle müssen wir im Laufe des Jahres auch aus Gerechtigkeitsgründen unsere Förderrichtlinien überarbeiten.

Doch wo liegt nun unser großes Problem? Seit Jahren schon steigern Bund und Land - fast monatlich - die Pflichtaufgaben der Kommunen, ohne für einen angemessenen finanziellen Ausgleich der entstehenden Kosten zu sorgen. Die Personalkosten, die erforderlich sind, um diese Aufgaben zu leisten, sind chronisch unterfinanziert. Dazu kommt noch ein grüner Landesfinanzminister, der mit klebrigen Fingern Bundesmittel

vorsätzlich zur Überbrückung eigener Fehlbudgets zurückbehält. Auch im Landkreis sieht es schlecht aus, jedoch mit dem Unterschied, daß dieser immer noch die Möglichkeit hat mittels der Kreisumlage sich außer von Bund und Land noch über die Kommunen zu finanzieren. Und davon macht er auch reichlich Gebrauch. Die Kreisumlage hat sich von 2019 mit damals 3,92 Millionen bis heute auf 7,84 Millionen exakt verdoppelt. Seltsamer Weise ist es genau dieser Betrag, der in unserer Kasse fehlt. Alleine diese Mehrabgabe lässt sich durch Erhöhung von kommunalen Steuern und Abgaben nicht mehr vernünftig ausgleichen. Auch hier gilt das Bild für den kommunalen Steuerzahler - wie es Kanzler Merz zwar in anderem Zusammenhang benutzt hat - die Zitrone ist ausgequetscht. Die wenig gerechte gerichtlich verordnete Grundsteuerreform hat fast alle Häuslesbesitzer schon zusätzlich belastet - ohne dass es uns ein Plus in der Kasse gebracht hätte, die Gewerbesteuer haben wir bereits in diesem Zusammenhang - auch aus Gerechtigkeitsgründen - erhöht. 10, 20 Euro mehr Hundesteuer machen unser Problem auch nicht mehr kleiner. Das Ende der Fahnenstange ist erreicht. Auch bei der Erhöhung der Kindergartengebühren haben wir uns in den vergangenen Jahren einen auf einen erträglichen Rhythmus diszipliniert.

Alles, was wir investieren wie die Erweiterung des Kindergartens Hubertusstraße, die Erweiterung der Grundschule Conweiler zur Ganztagesbetreuung geschieht und ist nur noch auf Pump möglich - noch möglich. Ganz klar müssten wir sofort jegliche Planung für das Verwaltungszentrum einstellen und ad acta legen, wäre da nicht die 500 Milliarden entsprechend 500.000 Millionen Investitionsoffensive des Bundes - rd. 7 Millionen davon kommen bei uns in den nächsten Jahre an und zisch sind sie weg. Das Programm ist ganz nett, geht aber am wirklichen Problem komplett vorbei. Es hilft, um kurz Luft zu schnappen, die Unterfinanzierung der Aufgaben bleibt. Würde uns da das mehr an Kreisumlage nicht fehlen, könnten wir dies alles aus eigener Kraft finanzieren.

Die Hoffnung und mein Optimismus, daß es sich auch bei der völlig chaotischen Weltwirtschaftslage wieder bessert, unsere Betriebe insbesondere unsere Automobilzulieferer sich halten können bleibt. Prognostizierte 1,2% Wirtschaftswachstum für 2026 sind immerhin ein, wenn auch durch Schulden erkaufte Wachstum, aber der Abwärtstrend ist damit gestoppt. Wohin Stagnation und Rückgang in der Wirtschaft führen, haben wir nun die letzten drei Jahre ausführlich vor Augen geführt bekommen. Die Trendwende ist eingeleitet. Gerade deshalb hoffe ich sehr, dass die demokratischen Parteien bei den anstehenden Wahlen weiter die Oberhand behalten. Das letzte Jahr hat gezeigt, dass Veränderungen möglich sind, wenn auch sehr zäh. Aber dies gehört zur Demokratie. Die innenpolitischen Probleme sind demokratisch lösbar, wenn auch mit sehr viel Kraftanstrengung und die Wiedererlangung der außenpolitischen Stärke Deutschlands durch Kanzler Merz wird sich positiv für die deutsche Wirtschaft auswirken. Es gibt keinen legitimen Grund leeren Parolen nachzulaufen.

Meine Damen und Herren, bedanken möchte ich mich im Namen der CDU Fraktion auch dieses Jahr wieder für die konstruktive Zusammenarbeit im Gremium und bei der Verwaltung und insbesondere dafür, daß wir uns auf Dinge wie das Vorantreiben der Erweiterung des Gewerbegebietes durch Flächenaufkauf, die Reduzierung der Ausgaben für die Flüchtlingsunterbringung und der vernünftiger Umgang mit der weiteren Planung der Villa Kling, Dinge die der CDU- Fraktion sehr am Herzen lagen, gemeinsam verständigen konnten und wir nun -wenn auch im zweiten Anlauf - einen gerade noch machbaren Haushalt beschließen werden.

Besonderer Dank gilt auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der sozialen Dienste, die auch in diesem Jahr vielen Mitbürgerinnen und Mitbürgern geholfen haben und natürlich auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Bauhofs für ihre gute Arbeit in der Gemeinde.

Bedanken möchten wir uns auch bei der Feuerwehr Straubenhardt, dem DRK Neuenbürg und Straubenhardt für die geleisteten Einsätze, ebenso wie allen anderen ehrenamtlich Tätigen in den Straubenhardter Vereinen für ihre ehrenamtliche Arbeit.

Meine Damen und Herren, ich werde dem Haushalt, den wir gemeinsam demokratisch erarbeitet haben, heute Abend vollumfänglich zustimmen. Manche meiner Fraktion, die ein offensichtlich anderes Demokratieverständnis haben und in Ihren Einzelpunkten in der Beratung unterlegen sind und diese weiterhin wie demokratisch verhandelt nicht mittragen können, nicht. Dies ist in einer Demokratie auch so zur Kenntnis zu nehmen.

Jörg Gube, CDU-Fraktionsvorsitzender

SPD / Jochen Fauth



Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Viehweg, liebe Bürgerinnen und Bürger, liebe Gäste,

„Mehr geht durch Unentschlossenheit verloren als durch falsche Entscheidungen.“ (Marcus Tullius Cicero)

Dieses Zitat schien mir recht treffend für den vorliegenden Haushalt für 2026. Die Entschlossenheit sehe ich zum Glück in der Prioritätensetzung für das kommende

Jahr. Sowohl innerhalb der Verwaltung bei der Erstellung des Haushaltsentwurfes als auch im offenen Austausch über die vielen Herausforderungen im Rahmen der Klausur, zwischen Gemeinderat und Verwaltung für 2026. Nach der Extrarunde im Dezember, können wir den Haushalt 2026 hoffentlich in dieser Sitzung verabschieden. Bei weiterhin steigenden Ausgaben im Bereich der kommunalen Pflichtaufgaben, hilft uns allerdings auch alle Entschlossenheit nur bedingt weiter.

Wie viele richtige und falsche Entscheidungen aus Sicht eines jeden einzelnen Bürgers wir im Jahr 2026 politisch fällen werden? Das wissen wir nicht. Unsere Aufgabe bleibt es aber zu entscheiden, manchmal zähneknirschend und manchmal pragmatisch. Dieser Prozess bedingt immer eine gesunde Streitkultur, ganz im Sinne der final besten Entscheidung für Straubenhardt. Zudem braucht es aber in angespannten Zeiten auch konstruktive Ideen, positive Impulse und viel Empathie. Dies stärkt nach meiner Überzeugung jeden Einzelnen von uns in seinem politischen Wirken. War der Haushalt 2025 von wenig Spielraum für kommunalpolitische Akzente gezeichnet, gilt dies für 2026 leider umso mehr. Die Freiwilligenleistungen der Kommune blieben auch für den Haushalt 2026 erneut unangetastet, so zumindest ein kleiner Trost.

Beim **Bürgerzentrum** und bei der **Erweiterung der Wilhelm-Ganzhorn-Schulen** waren wir als Rat, im Rahmen der Auswahl verschiedener Fachplaner, gefordert. Für 2026 steht die Umsetzung und die finale Planung im Fokus. Die Leitplanken sind und bleiben dabei eine planerisch kluge und zukunftsfähige Umsetzung der unterschiedlichen Bedarfe der in den Gebäuden arbeitenden Akteure, bei gleichzeitig vertretbaren Gesamtkosten. Überhaupt nicht zu bauen bleibt, insbesondere bei weiter steigenden Baupreisen und auffälligen Rathäusern, keine Option.

Viele **Bestandsimmobilien der Gemeinde, insbesondere die Schulen**, beschäftigen uns organisatorisch und finanziell auch im Jahr 2026 und darüber hinaus. Dankbar sind wir der Verwaltung für die Übersicht und die Erfassung der noch offenen Sanierungsmaßnahmen an allen kommunalen Gebäuden. Dies schafft Transparenz und ermöglicht eine Priorisierung. Erste Maßnahmen sind an verschiedensten Gebäuden bereits erkennbar bzw. schon umgesetzt. Trotz notwendiger Sanierungen müssen Haushaltsposten bei Bestandsgebäuden kritisch hinterfragt werden. Deshalb haben wir als Fraktion den Vorschlag eingebracht, den Haushaltsansatz für die Sanierung und Instandhaltung der Villa Kling, von 50.000 Euro nochmals um 30.000 Euro, auf 20.000 Euro zu reduzieren. Dies zielt mitunter auch auf die anstehende und notwendige Entscheidung, was mit dem Gebäude grundsätzlich geschehen soll. Eine weitere umfangreiche Sanierung des Gebäudes erscheint aus unserer Sicht nicht sinnvoll. Neben baulichen Fragestellungen sollten wir dem „Haus der Familie“ eine mittel- bis langfristige Planungsperspektive geben. **Weitere Baumaßnahmen**, wie der Umbau der Kindergrippe Wunderwald und der in diesem Zusammenhang entstandenen Kita in modularer Bauweise in Schwann, sowie die Ertüchtigung der Dobler Straße begleiten uns im Jahr 2026 ebenfalls.

Die **Ärzteversorgung** war die vergangenen Jahre eine schwierige Herausforderung und wird dies auch bleiben. Seit Januar 2026 können wir aber gleich zwei medizinische Versorgungsstandorte erhalten bzw. weiterentwickeln. Allen Akteuren sei herzlich gedankt. Nach jahrelangen Enttäuschungen in Bezug auf die Neugewinnung von Ärztinnen und Ärzten, stellt das Jahr 2026 in dieser Hinsicht eine wirklich erfreuliche Ausnahme dar.

Bei angespannter Haushaltslage und wenig vergnügungssteuerepflichtigen Dingen, die wir uns in der Bundes- oder Landespolitik abschauen könnten, sind wir mehr denn je, zumindest gefühlt, auf uns alleine gestellt. Das „wir“ sind aber nicht die Verwaltung oder der Gemeinderat,

